



Auf dem Weg zum kostenlosen ÖPNV – ein wichtiger Beitrag zu Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit

Seit Monaten gibt es in Deutschland eine intensive Debatte um die Frage: Soll der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kostenlos sein? Eine scheinbar einfache Frage, die aber viele verschiedene Aspekte enthält und auf Grund ihrer Vielschichtigkeit nicht einfach zu beantworten ist.

Auch in der Mitgliedschaft der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) gibt es unterschiedliche Positionen zum Thema. Daher wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die die verschiedenen Aspekte des Themas beleuchtet und die Argumente gegeneinander abgewogen hat. Das Ergebnis ist vorliegender Entwurf einer EVG-Positionierung: Auf dem Weg zum kostenlosen ÖPNV – ein wichtiger Beitrag zu Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit in der Mobilität!

Unsere Thesen:

- Wir befürworten einen Ausbau des ÖPNV als einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.
- Der ÖPNV muss flächendeckend und nutzerfreundlich ausgebaut werden, um möglichst vielen Menschen eine gute und bezahlbare Mobilität ohne Auto zu ermöglichen.
- Wichtige Bausteine dafür sind bundesweite Mindestqualitätsstandards, eine Vereinfachung des Tarifsystems sowie eine Entbürokratisierung der Vergabeverfahren.
- Unabdingbar für den künftigen Erfolg des ÖPNV sind gute und gutbezahlte Arbeitsplätze sowie Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses durch die Unternehmen.
- Langfristig ist ein kostenloser ÖPNV anzustreben. Er wäre ein guter Anreiz, um die Menschen vom Umstieg vom eigenen Pkw zu den Verkehrsmitteln des Umweltverbundes zu bewegen.



1. Wie ist die Ausgangssituation des ÖPNV in Deutschland?

Unter ÖPNV verstehen wir in diesem Papier den öffentlichen Personennahverkehr, der den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), den öffentlichen Straßenpersonenverkehr (ÖSPV) mit Bussen und Straßenbahnen (einschließlich U-Bahnen) sowie den öffentlichen Personennahverkehr mit Fähren und Schwebbahnen umfasst. Der ÖPNV ist für die tägliche Mobilität der Menschen unverzichtbar, da mehr als 30 Millionen Menschen täglich den ÖPNV nutzen.

Der ÖPNV in Deutschland wird durch Verkehrsverbünde organisiert und durch eine Vielzahl kommunaler und privater Unternehmen in den Regionen bereitgestellt. Die Qualität des ÖPNV ist unterschiedlich und reicht von einem gut ausgebauten Angebot in Großstädten bis zur lückenhaften Anbindung im ländlichen Raum.

Auch Fahrpreise im ÖPNV unterscheiden sich regional sehr stark. In den letzten Jahren ist der ÖPNV überproportional teurer geworden (um 79 Prozent seit dem Jahr 2000).

Unterschiedliche und oft komplizierte Tarifgestaltung macht es den Menschen schwer, den ÖPNV zu nutzen. Vielerorts ist das ÖPNV-Angebot ungenügend: in den Städten sind Busse und Bahnen überfüllt, vielerorts sind Fahrpläne nicht aufeinander abgestimmt, der ÖPNV gilt zunehmend als unzuverlässig. Oft endet die Fahrt an der Verbundgrenze und eine verbundübergreifende Mobilität mit dem ÖPNV ist oft ohne Umsteigen nicht möglich.

Heute werden ca. 63 % der Kosten des ÖPNV aus Steuereinnahmen finanziert. Ca. 37% werden durch Fahrgeldeinnahmen generiert (direkte Nutzerfinanzierung).

Im ÖPNV gibt es eine Reihe von Fahrpreisermäßigungen. Von einem kostenvergünstigten ÖPNV profitieren heute, in unterschiedlicher Höhe und je nach Region: Schulkinder, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Handicap, Seniorinnen und Senioren, Freiwilligendienste oder auch Landesbedienstete.

2. Warum will die EVG den ÖPNV verbessern und ihn nutzerfreundlicher gestalten?

Der attraktive und umweltfreundliche ÖPNV leistet schon heute einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität, zum Klimaschutz, zum Schutz der Gesundheit und zur Vermeidung weiterer Flächenversiegelung. Mit einem gut ausgebauten ÖPNV können auch Staus im Berufsverkehr vermieden



werden. Unsere Motivation, sich für einen besseren und nutzerfreundlicheren ÖPNV einzusetzen, sind:

- den Individualverkehr zu reduzieren und Menschen zu motivieren, von Pkw auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen;
- Sicherheit: um die Zahl der Verkehrsunfälle zu reduzieren;
- Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe: um allen Menschen bezahlbare und barrierefreie Mobilität zu ermöglichen;
- Arbeitsplatzsicherheit: um unsere Arbeitsplätze im ÖPNV zu erhalten und auszubauen.

3. Welchen ÖPNV befürwortet die EVG?

Aus Sicht der EVG muss das Ziel sein, dass die große Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner die Mehrzahl ihrer Wege problemlos mit dem ÖPNV/SPNV und ohne das Auto zurücklegen kann.

Der ÖPNV muss gut und flächendeckend ausgebaut werden. Die Verkehrsträger Bahnen und Busse müssen gut miteinander und mit anderen Verkehrsträgern des Umweltverbundes (wie z.B. Fahrrad) verknüpft werden. Sie dürfen sich nicht gegenseitig behindern und ihre Fahrpläne müssen aufeinander abgestimmt werden. Dies ist auch notwendig, um den (geplanten) Deutschlandtakt im Fernverkehr optimal organisieren zu können. Auch für die sogenannte letzte Meile muss ein ÖPNV-Angebot vorgehalten werden.

Ein Mindestangebot im ÖPNV muss deutschlandweit definiert und auch umgesetzt werden. Dafür müssen einheitliche Mindestqualitätsstandards definiert werden, wie z.B. flächendeckende Bedienung zwischen 5 und 24 Uhr, mindestens im Stundentakt. Die Beschäftigung im ÖPNV muss auf tariflich abgesicherten regulären Arbeitsverhältnissen basieren.

Der ÖPNV muss einfach und barrierefrei für alle Menschen zugänglich sein, da alle Menschen ein Grundrecht auf Mobilität haben. Dieses Recht folgt aus dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums und dem Grundrecht auf Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.

Die Mobilität muss nutzerfreundlich, sozialverträglich, diskriminierungsfrei und umweltfreundlich gestaltet sein.



4. Wie kann ein solcher verbesserter und nutzerfreundlicher ÖPNV in Deutschland erreicht werden?

Die Politik muss für den ÖPNV die Weichen richtig stellen.

Wir brauchen mehr Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur: flächendeckende Investitionen in die Schienenwege, Züge und Busse. Das sind Investitionen in unsere Zukunft.

Die Beschäftigung im ÖPNV muss langfristig geplant werden. Das schließt die Ausbildung und Qualifizierung der Nachwuchskräfte für den ÖPNV mit ein.

Die Vergabeverfahren im ÖPNV sehen wir als reformbedürftig an: Sie müssen deutlich vereinfacht werden. Auch haben wir zu viele Verkehrsverbünde: Einer pro Bundesland reicht aus.

Förderlich für die Zuverlässigkeit des ÖPNV sind abgestimmte Fahrpläne sowie drastisch vereinfachte und günstigere Tarife. Ein wichtiger Zwischenschritt hierfür wäre, gegenüber heute verbilligten Netzkarten ggf. zusätzlich ermäßigte für bestimmte Personengruppen und über Verbundgrenzen hinweg. Grundsätzlich müssen aber andere Fahrkartenangebote auch günstiger und einfacher werden. Neben dem Online-Vertrieb muss es dauerhaft möglich bleiben, Fahrkarten ohne Aufpreis bei Fahrtantritt und ohne Datenerhebung zu erwerben. Dafür wird auf längere Sicht gut ausgebildetes Personal im Vertrieb erforderlich sein.

Die heutigen Arbeitsplätze im Vertrieb und im Zugbegleitedienst müssen erhalten bleiben. Denn die Aufgaben zur Beratung und Betreuung der Reisenden werden bleiben. Außerdem ist die Begleitung der Züge durch ausgebildetes Personal für die Sicherheit der Fahrgäste und die Zuverlässigkeit des Eisenbahnbetriebs notwendig.

Der Ausbau des ÖPNV muss Vorrang haben vor dem Pkw-Verkehr. Ggf. sind auch Einschränkungen des Pkw-Verkehrs notwendig. Andere Angebote, wie der Fuß- und Fahrradverkehr, Carsharing und Mitfahrmöglichkeiten müssen so attraktiv für die Menschen sein, dass sie mit den Verkehrsmitteln des gesamten Umweltverbundes ohne eigenes Auto nachhaltig mobil sein können.

Die Vorteile der Nutzung des ÖPNV und des Umweltverbundes sollten positiv und glaubhaft in der Öffentlichkeit vermittelt werden.

Die Finanzierung des ÖPNV muss weiterhin durch die öffentliche Hand erfolgen: Bund (bundesweit), Bund und Länder (außerhalb der Städte), Bund, Länder und Kommunen (innerstädtisch). Auch Unternehmen



(Arbeitgeber), Handel oder auch Beherbergungsbetriebe sollten sich an der Finanzierung beteiligen. Weitere Abgaben aus z.B. City-Maut, Kurbeiträgen oder Parkraumbewirtschaftung können zur Finanzierung beitragen.

5. Langfristiges Ziel: ÖPNV zum Nulltarif für alle Menschen

Wir begrüßen, dass es eine politische Debatte über einen kostenlosen ÖPNV gibt und Politikerinnen und Politiker bereit sind, mehr Geld in den ÖPNV zu stecken, um die Menschen zum Umstieg zu bewegen. Wir fordern die Politik auf, der Debatte zeitnah, in Anbetracht der Umweltsituation und der Situation auf Straßen und Autobahnen, Ergebnisse folgen zu lassen, die den ÖPNV attraktiver werden lassen. Aus Sicht der EVG muss aber zuerst das Angebot flächendeckend ausgebaut werden. Durch den Ausbau werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Am Ende des Prozesses sollte der ÖPNV für alle Menschen kostenlos und barrierefrei nutzbar sein.

Perspektivisch könnte ein solcher ÖPNV z.B. auch durch eine einkommensabhängige Solidaritätsabgabe aller Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz mitfinanziert werden.